

**Glanz und Elend der deutschen Geschichte**  
**Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017**  
**Band 10**

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und  
Rechtsstaatlichkeit ...**

**Band 10/138**

**Der gescheiterte Staat "Failed state", Teil 1**

Verkennt denn euer Vaterland, undeutsche Deutsche! Steht und gafft mit blöder Bewunderung großem Auge das Ausland an! Dem Fremden, den ihr vorzieht, kam's nie ein, den Fremden vorzuziehen. Er haßt die Empfindung dieser Kriechsucht, verachtet euch!

*Friedrich Gottlieb Klopstock (1724-1803, deutscher Dichter)*

**Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung**

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 11. Februar 2017: >>>**Der scheitern-  
de Staat**

"Failed state": Der englische Begriff steht für einen "gescheiterten Staat", der die Kontrolle über Teile des Staatsgebiets verloren hat und das Gewaltmonopol nicht mehr durchsetzen kann. Wo er fällt, denkt man üblicherweise an von Bürgerkriegen und ausländischen Interventionen zerrüttete und zerfallende Staatsgebilde im Norden und Osten Afrikas oder im Nahen und Mittleren Osten. Mit dem rasanten und unregelmäßigen Import großer Bevölkerungskontingente aus diesen Krisenregionen mehren sich auch in Deutschland die Symptome des staatlichen Scheiterns.

Sichtbar wird dies in der Entstehung "verbotener Zonen" und rechtsfreier Räume, in denen die überforderten Kräfte von Polizei und Justiz geltende Gesetze nur noch partiell durchsetzen und die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der eigenen Staatsbürger nicht mehr uneingeschränkt gewährleisten können. Nordrhein-Westfalens Innenminister Ralf Jäger (SPD) mag noch so oft leugnen, daß es in seinem Bundesland solche "No-go-Areas" gebe:

Für die Bürger, die bestimmte Straßen, Plätze und Stadtteile selbst bei Tage vorsichtshalber meiden, sind sie ebenso Realität wie für jene Teile der Polizei, die nicht parteibuchgesichert vom warmen Führungsschreibtisch aus abwiegeln, sondern Tag für Tag im Fronteinsatz den Kopf hinhalten und zur bevorzugten Zielscheibe aggressiver Einwanderer-Bevölkerungen geworden sind.

**Weg in den permanenten Ausnahmezustand**

Die Ausrede, daß man von einer "No-go-Area" ja erst sprechen könne, wenn nicht nur die Bürger, sondern auch die Ordnungskräfte sich nicht mehr hineinwagten, ist faul: Wenn selbst einfachste Polizeimaßnahmen nur mit massiver Verstärkung durchführbar sind, weil einzeln auftretende Beamte sofort von einer wütenden Meute umringt werden, führt schon die personelle Überdehnung der kaputtgesparten Polizei dazu, daß sie in Bezirken, die ihr streitig gemacht werden, nur noch das Nötigste erledigt und sich sukzessive aus ihnen zurückzieht.

Die Logik der fragmentierten Einwanderungsgesellschaft führt in den Polizeistaat, der man-

gels geeigneter Kräfte indes gar nicht zu realisieren ist. Wenn ein Polizeiaufgebot in Regimentsstärke in Köln die Wiederholung der sexuellen Massenübergriffe der Neujahrsnacht 2015/16 verhindert, wird bekannt, daß im weniger massiv verteidigten Frankfurt am Main eben dieser Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung wieder eingetreten ist. Abgesagte Feste und Karnevalszüge, harte Anti-Terror-Auflagen vom Lkw-Verbot bis zur festungsartigen Einmauerung mit Betonbarrikaden, weisen den Weg in den permanenten Ausnahmezustand.

### **Ethnische Fragmentierung der Sicherheitskräfte**

Einschränken soll sich die einheimische Bevölkerung; Präventionsversuche wie der Appell der NRW-Polizei, Asylbewerber vom Straßenkarneval fernzuhalten, führen zuverlässig zum erbitterten Widerstand der Asyl-Lobby und zum raschen Einknicken der Behörden.

Kein Wunder, daß die Polizei eher frustrierte Beamte verliert, als neue Bewerber anlockt. Politisch gewolltes Auffüllen ihrer Reihen mit Kräften "mit Migrationshintergrund" bei gleichzeitiger Absenkung der Einstellungskriterien birgt wiederum die Gefahr der ethnischen Fragmentierung auch der Sicherheitskräfte.

### **Razzien zeigen haarsträubende Zustände**

Manifest wird der Kontrollverlust gerade dort, wo die Behörden Stärke demonstrieren wollen, um die Bürger zu beruhigen, die den um sich greifenden Kontrollverlust sehr wohl spüren. Die Razzien in Hessen und Berlin gegen islamistische Terrornetzwerke haben haarsträubende Zustände ans Tageslicht gebracht:

Der unter Einsatz von mehr als tausend Beamten verhaftete tunesische Hauptverdächtige hatte sich früher schon zehn Jahre lang in Deutschland aufgehalten, beging zwischenzeitlich offenkundig einen schweren Terroranschlag in seiner Heimat, betätigte sich seit 2015 im Zuge der unkontrollierten Illegalen-Ströme als Anwerber und Schleuser für den IS, war zwischenzeitlich in Haft und wieder freigekommen. Wie zwei zeitgleich in Berlin verhaftete Terrorverdächtige ging der Tunesier in einschlägig bekannten Salafisten-Moscheen ein und aus, die zwar immer wieder mal durchsucht, aber nie geschlossen und verboten worden sind.

### **Parallelgesellschaften als Rückzugsraum**

Importierte Parallelgesellschaften dienen Islam-Terroristen als Rückzugsraum und Rekrutierungsumfeld. Den Behörden sind fast 600 islamistische "Gefährder" bekannt, sie können sie aber mangels Personal nicht lückenlos überwachen, vom Dunkelfeld der zwischenzeitlich unerkannt eingereisten potentiellen Zeitbomben ganz zu schweigen.

Unfähig, sie und ihr Unterstützerumfeld wieder aus dem Land zu weisen, verlängert die Politik ihr Versagen mit hilflosen Alibimaßnahmen wie der "elektronischen Fußfessel" für "Gefährder". Eine solche hat bekanntlich letzten Sommer einen islamischen Terroristen in Frankreich nicht daran gehindert, einen Priester während der Messe rituell zu massakrieren; sie wird auch hierzulande keinen zum "Märtyrertod" entschlossenen Dschihadisten aufhalten.

### **Lösung besteht nicht in "mehr Stellen"**

Wie um die selbstzufriedenen politischen Gesundheitslügen zu strafen, schlägt auch die Generalbundesanwaltschaft Alarm und ruft nach Verstärkung aus den Ländern, weil ihr die Islam-Terrorverfahren über den Kopf wachsen.

Die Lösung lautet nicht - wie grüne Schreibtischtäter stereotyp suggerieren - "mehr Stellen". Die Lösung lautet: Illegale Einwanderer nicht mehr ins Land lassen, die bereits hereingekommenen wieder hinausbefördern, die Kontrolle über die Grenzen wiederherstellen, bevor die Kontrolle im ganzen Land verlorenght. Entweder das, oder Deutschland findet sich in ein paar Jahren auch in der "Failed state"-Statistik.<<

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 19. Februar 2017:

### **>>Tschetschenen in Deutschland: Migration als Waffe?**

Tausende Tschetschenen reisen illegal nach Deutschland ein. Viele neigen zur Gewalt und lassen sich kaum integrieren. Moskau zieht daraus seinen Vorteil.

Die Moschee in der Perleberger Straße im Berliner Stadtteil Moabit ist geschlossen. Sie sorgte für Aufsehen, weil Anis Amri, der Attentäter von Berlin, dort verkehrte. Jetzt ist der Moscheeverein "Fussilet 33" verboten. Amri war Tunesier, doch der Verein war vor allem ein Treffpunkt radikalislamischer Tschetschenen aus Berlin und Brandenburg. Der frühere Vereinspräsident Ismet D. steht in Berlin vor Gericht. Er soll die syrische Terrorgruppe Junud asch Scham, in der viele Tschetschenen kämpfen, unterstützt haben, indem er tschetschenische Kämpfer aus Deutschland nach Syrien begleitete und Flugtickets für sie bezahlte.

Junge Tschetschenen schließen sich seit Jahren der salafistischen Szene in Deutschland an. Manche kommen schon als militante Islamisten an, andere werden hier radikalisiert. Besonders groß sind die Probleme in den östlichen Bundesländern. In Berlin gehören Tschetschenen seit Jahren zu den islamistischen Gefährdern, in Brandenburg gibt es nach Angaben des Innenministeriums zwischen 80 und 90 radikale Islamisten, die meisten sind Tschetschenen.

Sie zu beobachten bindet eine hohe Zahl von Polizisten und Verfassungsschützern. Früher galten Islamisten aus der russischen Teilrepublik im Nordkaukasus den deutschen Sicherheitsbehörden als wenig besorgniserregend. Das "Kaukasische Emirat", in dem sie sich organisierten, betrachtete Deutschland als Rückzugs- und Ruheraum. Das hat sich in den vergangenen Jahren geändert, spätestens seit die Organisation sich dem IS unterstellt hat.

### **Der Druck, Deutschland wieder zu verlassen, ist gering**

Die Zahl tschetschenischer Islamisten nimmt auch deswegen zu, weil immer mehr Tschetschenen nach Deutschland kommen. Nach dem Zerfall der Sowjetunion haben die Tschetschenen zwei verheerende Kriege mit der russischen Zentralmacht geführt: Den ersten von 1994 bis 1996 haben sie gewonnen, den zweiten, ab 1999 schon unter Putin, dann verloren. In den vergangenen fünf Jahren reisten jedes Jahr Tausende Bewohner der russischen Teilrepublik nach Deutschland, das geschah in Wellen. Seit 2012 haben fast 36.000 Tschetschenen Asyl beantragt. Die meisten von ihnen sind ohne gültigen Paß und ohne Visum eingereist.

Im vergangenen Jahr stellten mehr als 12.200 Menschen aus der Russischen Föderation einen Asylantrag in Deutschland. Davon waren nach eigenen Angaben 9.850 Tschetschenen, mehr als 80 Prozent. Es war die größte Einreisewelle aus Rußland seit 2013. In diesem Jahr hatten sogar knapp 15.500 Russen Asyl in Deutschland beantragt. Mehr als 13.600 von ihnen, rund 90 Prozent, waren damals Tschetschenen. Gewährt wird ihnen Asyl nur selten. Von allen Asylbewerbern aus Rußland wurden im vergangenen Jahr insgesamt 5,2 Prozent als asylberechtigt oder als Flüchtlinge anerkannt, bei den Tschetschenen betrug die Schutzquote sogar nur 4,3 Prozent.

Eigentlich dürfte sich der größte Teil der Tschetschenen also gar nicht mehr hier aufhalten. Doch der Druck, Deutschland wieder zu verlassen, ist gering. Die Tschetschenen reisen in der Regel aus ihrer Heimat nach Weißrußland und stellen dann an der polnischen Grenze einen Asylantrag. Da aber die Unterbringung für Asylbewerber in Polen schlechter ist und die finanziellen Leistungen weit geringer sind, reisen sie weiter nach Deutschland. Hier werden sie dann in Erstaufnahmelagern untergebracht und nach sechs Monaten auf die Kommunen in einzelnen Bundesländern verteilt.

### **Rückschiebungen können häufig nicht stattfinden**

Nach dem Dublin-Abkommen müßte die ganz große Mehrheit der Tschetschenen, die in Deutschland Asyl beantragt, eigentlich nach Polen zurückgebracht werden. Denn in diesem EU-Land haben sie zuerst Asyl beantragt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, das Bamf, bearbeitet die Asylanträge der Tschetschenen deswegen erst einmal nicht. Doch kaum ein Tschetschene wird tatsächlich nach Polen zurückgebracht. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Bundesinnenministeriums von Januar bis Oktober nur 560 Personen nach Polen zurückgeschoben, wie der Fachbegriff heißt. Da Familien nicht auseinandergerissen werden, gibt es schnell einen Grund, warum eine Rückschiebung nicht stattfinden kann - mal

fehlt ein Familienmitglied, mal ist eines krank, oft ist eine Frau schwanger oder gerade ein Kind geboren worden.

In Brandenburg, das im vergangenen Jahr rund 2.300 tschetschenische Asylbewerber registriert hat, wurden 2016 nur 22 Familien mit 99 Personen nach Polen zurückgeschoben, wie das Innenministerium in Potsdam mitteilt. Zudem seien die nach Polen gebrachten Personen oft nach wenigen Wochen wieder zurück in Deutschland. Drehtüreffekt nennt man das. Brandenburg wünscht sich daher, daß das Dublin-Abkommen für die Tschetschenen ausgesetzt wird. Dann könnten die Asylanträge gleich in der Erstaufnahmeeinrichtung bearbeitet und abgelehnte Asylbewerber von dort nach Rußland abgeschoben werden.

Dem Bund aber ist daran gelegen, die Dublin-Regeln wieder zur Geltung zu bringen - daher will er für die Tschetschenen keine Ausnahme machen. Eine Abschiebung in die Heimat, also nach Rußland, findet aber noch seltener statt als die Rückschiebung nach Polen. Im vergangenen Jahr wurden 110 Tschetschenen nach Rußland abgeschoben. Das ist rund ein Prozent derer, die im gleichen Jahr gekommen sind.

### **Tschetschenische Männer gelten als besonders gewaltbereit**

Die Tschetschenen gelten den Behörden als eine besonders schwierige Gruppe. Die tschetschenischen Gefährder, also Leute, von denen die Polizei annimmt, daß sie Terroranschläge ausführen könnten, sind dabei nur eine ganz kleine, wenn auch besonders gefährliche Fraktion. Andere Probleme wiegen ebenso schwer: In den Erstaufnahmeeinrichtungen gelten die tschetschenischen Männer als besonders gewaltbereit. Immer wieder kommt es zu Prügeleien oder Messerstechereien zwischen Tschetschenen einerseits und Syrern oder Afrikanern, etwa aus Kamerun oder Tschad, andererseits. "Treffen die Tschetschenen auf Nordafrikaner, ist der Ärger schon programmiert", heißt es im Brandenburger Innenministerium.

Der Hang zur Gewalt hat mit der Kriegermentalität, dem Ehrenkodex und dem ausgeprägten Machogehabe der Tschetschenen zu tun. Zudem bleiben die Clan-Strukturen, in denen sich die Tschetschenen organisieren, auch außerhalb der Heimat erhalten. Das bekommen auch die Asylunterkünfte zu spüren. Mitunter reisen Gruppen von Tschetschenen von außen zu den Aufnahmelagern, um Rache zu nehmen an jenen, die ihre Landsleute beleidigt oder angegriffen haben sollen.

In Brandenburg hat das dazu geführt, daß die Tschetschenen aus dem Erstaufnahmelager Eisenhüttenstadt in eine eigene Außenstelle überführt wurden, in der sie nicht mehr mit anderen Asylbewerbern untergebracht sind. Ein Problem bleibt auch in dem neuen Heim, daß tschetschenische Männer ihre Frauen oder Kinder verprügeln. Auch Fälle von Gefährdung des Kindeswohls kommen immer wieder vor, etwa weil Mütter ihre Kleinkinder über Stunden unbeaufsichtigt lassen.

### **Warum verlassen so viele Tschetschenen ihre Heimat?**

In der organisierten Kriminalität in Deutschland spielen Tschetschenen seit Jahren eine große Rolle. Bei Schutzgelderpressung, Raub und der Verteidigung von Geschäftsbezirken gegen andere kriminelle Banden sind sie stark vertreten, oft agieren sie auch im Auftrag anderer ethnischer Clans. Im November fand eine Razzia gegen sechzehn Tschetschenen in mehreren sächsischen Städten, aber auch in Thüringen und Rheinland-Pfalz statt; ihnen wird die Gründung einer kriminellen Vereinigung vorgeworfen.

Warum verlassen so viele Tschetschenen ihre Heimat und kommen nach Deutschland? Als Grund gilt meist, daß der heutige Herrscher in Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, mit eiserner Hand regiert. Kadyrow hat seinen Verwandten und Getreuen die einträglichsten Posten in der Republik verschafft, gegen Gegner geht er rücksichtslos vor. Rechtsstaatliche Verhältnisse gibt es in Tschetschenien nicht, Kadyrows bewaffnete Einheiten machen ungestraft, was ihnen paßt. So läuft das allerdings schon seit Jahren.

Wie kommt es also, daß es immer neue Ausreisewellen gibt? Bei der ersten großen Welle von

2012 und 2013 spielten Gerüchte eine Rolle, daß Tschetschenen in Deutschland ein Begrüßungsgeld, ein Haus oder ein Grundstück erhielten. Unklar ist allerdings, wer die Gerüchte streute und warum es in der rigide kontrollierten Republik zugelassen wurde, daß sie sich verbreiteten. Ungewiß ist zudem, ob die Tschetschenen, die nach Deutschland kamen, das mit den Geschenken in Deutschland wirklich glaubten.

Nach Einschätzung mancher Sicherheitsbehörden waren die nahenden Olympischen Winterspiele in Sotschi ein Grund dafür, daß Rußland viele Ausreisen zuließ, um auf diese Weise unzufriedene Elemente loszuwerden. Damals reagierten die deutschen Behörden auf verschiedene Weise. Das Bamf startete eine Aufklärungskampagne in Tschetschenien, die den Gerüchten widersprach. Die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz führten Gespräche mit ihren russischen Partnerinstitutionen, in denen sie das Problem der Massenzuwanderung thematisierten.

Tatsächlich kam es 2014 zu einem Rückgang: Statt mehr als 15.000 wurden nur noch gut 5.500 Asylanträge aus Rußland registriert. 2015 setzte allerdings eine neue Reisewelle ein, die 2016 ihren Höhepunkt erreichte. Hatte sie damit zu tun, daß die Tschetschenen sahen, daß Deutschland nun Muslime in großer Zahl aufnahm? In Sicherheitskreisen heißt es, bei Hunderten Tschetschenen, die 2016 einreisten, lasse es sich nachweisen, daß sie 2013 schon einmal nach Deutschland gekommen seien.

### **Es lohnt sich für Moskau, die Tschetschenenkarte zu spielen**

Eine Erklärung für die Reisewellen, die dort außerdem gegeben wird, lautet: Rußland hatte kein Interesse, diesen Zustrom illegaler Migranten nach Deutschland zu stoppen. Die Russen wollten den Deutschen vielmehr zeigen, daß sie ein Problem schaffen und es auch wieder abschaffen könnten. In der Flüchtlingsfrage, die Deutschland so tief spaltet, trugen sie so dazu bei, daß die dadurch entstandenen Probleme sich noch verstärkten. Deshalb lohnt es sich für Moskau, die Tschetschenenkarte zu spielen. Bei Verhandlungen mit den Russen, in denen die deutsche Seite darauf drang, den Zustrom von Tschetschenen zu unterbinden, ließ die russische Seite unter anderem wissen, daß es sich bei den Tschetschenen gar nicht um solche aus der russischen Kaukasusrepublik, sondern um Tschetschenen aus Kasachstan handele.

Das aber trifft nicht zu - zumal die Tschetschenen in Kasachstan, wohin sie während des Zweiten Weltkriegs von Stalin deportiert worden waren, gerade noch 0,2 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Als Beispiel für das Vorgehen der Russen wird auch auf die Flüchtlinge verwiesen, die 2015 über die sogenannte Polarroute nach Finnland und Norwegen gelangten. Sie durchquerten ein Gebiet, das zuvor als Sperrzone gegolten hatte. Erst als die Regierungen in Helsinki und Oslo mit Moskau verhandelten, wurde die Route wieder dicht gemacht.

Migration als Waffe? Beweisen läßt sich das kaum. Die Bundespolizei teilt auf Anfrage mit, daß ihr "keinerlei Hinweise" vorliegen, daß die Reisewellen aus Tschetschenien gesteuert werden. Sicher ist: Die Reisen von Tausenden Tschetschenen über Weißrußland nach Polen bleiben den russischen Behörden und Nachrichtendiensten nicht verborgen. Der russische Geheimdienst FSB hat vor wenigen Tagen erstmals seit 1995 wieder Kontrollen an der Grenze zu Weißrußland eingeführt. Ob dadurch weniger Tschetschenen nach Deutschland kommen werden, ist allerdings völlig unklar. Die Erfahrungen mit Rußland in der Frage der illegalen Migration faßt ein Fachmann in der Regierung so zusammen: "Was den Deutschen Probleme bereitet, das ist für die Russen ein Trumpf im Ärmel."<<

Die österreichische Online-Zeitschrift "Contra Magazin" berichtete am 12. März 2017:

### **>>Bürgerkrieg in Europa: Die Luntten lodern an allen Enden**

Besorgniserregend sind die Zustände in Europa schon länger. In den letzten Wochen und Tagen verschärft sich die Situation zusehends. Es ist nur mehr eine Frage der Zeit, bis Europa länderübergreifend von bürgerkriegsähnlichen Zuständen überzogen wird. Wer die Augen nicht verschließt und ideologisch nicht verblendet ist, kann die Gründe dafür erkennen und sie

vor allem benennen

Während die Parteien links der Mitte und den von ihnen bezahlten Vorfeldorganisationen immer noch einem Faschismus hinterherjagen, verwandelt sich Europa in ein Flammenmeer. Die Antwort darauf kommt prompt: Demonstrieren gegen Rechts, gegen Rassismus und für Weltoffenheit. Daß genau diese Weltoffenheit gerade dafür sorgt, daß alles aus der Bahn läuft, sieht der dumme Antifant nicht. Eigentlich sollte man sich gemütlich zurücklehnen und der Dinge harren die da kommen. Mit einem Lächeln auf den Lippen aus der Ferne beobachten und ein süffisantes "Hoppala" von den Lippen lassen, wenn der Araber zur Machete greift und dem Bahnhofsklatscher die Rübe abhackt. Das tun wir nur deshalb nicht, weil wir keine Unmenschen sind. Nur der Gedanke dazu blitzt kurz auf, aber Gedanken sind frei - sind noch frei.

Die Migrantenaufstände vor ein paar Jahren (Frankreich, Großbritannien, Schweden ...) waren der Beginn der Misere. Das war sozusagen die Probe aufs Exempel. Negative Auswirkungen hatte das keine auf die Migration - nur auf die autochthone Bevölkerung, denn die schranken-, ufer-, grenzenlose Zuwanderung wurde in Europa noch stärker vorangetrieben. Europa wurde mittels Migrationswaffe noch zusätzlich millionenfach mit kulturfremden muslimischen Fachkräften geflutet.

Das Resultat waren immer mehr Angriffe und Übergriffe auf die Ureinwohner. Daß die Behörden in manchen Regionen nur mehr Zaungäste sind, wird die Krieger und Eroberer - denn nichts anderes sind diese Horden wildgewordenener Menschen, arabischer und afrikanischer Abstammung - noch mehr anfeuern. Es gibt schließlich Niemanden, der diesem Wahnsinn ein Ende bereiten kann. 70 Jahre ohne Kriegserfahrung - außer aus der Flimmerkiste - Flowerpower der 68er-Idioten und die kulturmarxistische Umerziehung der Einheimischen, lassen diese leicht zum Opfer der Barbaren werden.

Und ja, ich habe schon auch ein klein wenig Schadenfreude. Denn diese Europäische Union, welche sich dauernd mit ihrem Friedensnobelpreis rühmt, wird im Laufe dieses europäischen Gesamtbürgerkrieges sang- und klanglos untergehen. Wenn die Brüsseler und Straßburger Tempel brennen, wird mich das zu einem Freudentanz veranlassen. Die EU wird sich aber mit aller Macht und Kraft gegen ihren Untergang wehren. Das verlangt das System der EU noch ab. Aber so wie es in der Natur auch ist, wird auf der "Asche" der EU, neues Leben erblühen. Das soll heißen: Es gibt ein Leben danach.

Aber kommen wir zurück zum Thema und bringen wir es auf den Punkt. Seit 2015 herrscht praktisch Ausnahmezustand in Europa. Dieser wurde zwar nicht ausgerufen, aber es liegt auf der Hand, daß die Migrationskrise im westlichen Teil Europas, das öffentliche Leben stark beeinträchtigt. Terroranschläge in Frankreich, Spanien, Großbritannien und dann 2016 auch in Deutschland. Wobei man speziell von seiten der Mainstreampresse von Amokläufern sprach, obwohl nach kurzer Zeit eigentlich klar war, daß die Täter Gotteskrieger und im Namen des Islam handelten. Klar gibt es sogar jetzt noch Idioten, welche glauben, der Islam sei die Religion des Friedens. Warum man dazu Macheten, Äxte oder überhaupt Waffen braucht, dabei "Allahu Akbar" rufen muß, erschließt sich mir nicht.

Dann kam es in Frankreich wieder zu Aufständen durch Ausländerhorden, die diesmal nicht nur in Paris wüteten sondern in vielen Städten der Nation das öffentliche Leben lahmlegten. Und Frankreich ist wirklich im Ausnahmezustand, nicht nur sprichwörtlich sondern faktisch. Die Grande Nation ist innenpolitisch so sehr mit dieser Situation beschäftigt und gefordert, daß sie außenpolitisch zu einem Zwerg verkümmert. Wirtschaftlich ist Frankreich dem Kollaps so nahe wie noch nie. Frankreich könnte der Grund für den Zusammenbruch der Europäischen Union werden.

In Skandinavien, insbesondere in Schweden, gibt es über 50 No-go-Zonen, in welchen ausländische Banden das Sagen haben. Rettungskräfte fahren nur mit Polizeischutz zu ihren Einsät-

zen. Schweden wird auch eines der ersten Länder im Bürgerkrieg sein. Schuld daran ist die besonders liberale Einwanderungspolitik. Also wir haben Frankreich und Schweden, beide Länder praktisch jetzt schon verloren.

Neben diesen bekannten Fronten, die uns jetzt schon in Westeuropa massiv zusetzen, wird eine neue Front aufgebaut - und wir wissen, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg: zu viele Fronten bedeuten den Untergang. Und diese Front ist wieder eine muslimische, nämlich die türkische Front. Die deutsche, die österreichische und auch die niederländische Regierung haben es satt, daß Erdogan auf nicht türkischen Boden, also in der Diaspora schamlos Wahlkampf betreibt. Das paßt Erdogan nicht, das paßt seinen Regierungsmitgliedern nicht, welche wieder ausreisen mußten oder nicht auftreten durften und das paßt den Erdogan-Verehrern nicht, die es zu Hunderttausenden in Deutschland und Niederlanden gibt. Kurzum: ein weiteres Bürgerkriegspotential.

Daß das nicht übertrieben ist, auf das kommt man, wenn man Eins und Eins zusammenzählt. Wir wissen wie die Moscheen und türkischen Vereine von Extremismus verseucht sind, wir wissen wie der Islam in seiner politischen Form, eben der Islamismus, in jeden Winkel unserer Gesellschaft vordringt und eine Parallelgesellschaft etablieren will. Und an vorderster Front sind immer die Türken, welche fordern und aufbegehren. Also es ist nicht unbegründet, wenn ich behaupte, daß die Luntten des Bürgerkriegs an allen Ecken lodern.

Das Auslöffeln der Suppe ist kaum noch möglich, weil der Koch andauernd nachschöpft und wir bis zum Verrecken schlucken müssen. Wir müssen schlucken, was uns unsere Regierungen einbrockten. Es ist nur leider zu spät, um den Politikern die Suppe zu versalzen. ...<<

Das politische Magazin "Cicero" berichtete am 13. März 2017: >>**Merkel und die Flüchtlingspolitik - Stoff für einen Untersuchungsausschuß**

Ein heute erscheinendes Buch läßt die deutsche Flüchtlingspolitik vom Herbst 2015 in völlig neuem Licht erscheinen. Es wirft Fragen auf, deren Antworten die Regierung schuldig ist. Um so mehr, als die Folgen der damaligen Entscheidung immer deutlicher zu spüren sind

Es war ein langes Wochenende. Eingangs erklärte der Bundesrat unter Federführung der Grünen die Maghrebstaaten zu nicht sicheren Herkunftsländern, während nach Afghanistan abgeschoben werden darf. Man reibt sich die Augen: Nach Tunesien, Algerien und Marokko reisen Deutsche als Touristen und Migrant zum Kurzbesuch zur Familie. Am Hindukusch steht nach wie vor eine schwer bewaffnete internationale Besatzungstruppe, es kommt immer wieder zu Attentaten mit vielen Toten. Komplettd paradox ist das.

Dann liest man von Axt- und Messerattacken in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, von einem evakuierten Einkaufszentrum in Essen. Ogottogott, denkt man jedesmal, da wird doch nicht wieder ein islamistischer Hintergrund existieren und eine Verbindung zu Menschen, die mit dem Flüchtlingsstrom gekommen sind. Das Muster kommt einem bekannt vor: Archaische Waffen, öffentliche Plätze, wahllose Opfer: Berlin, Würzburg und Ansbach sind die Chiffren, die dafür stehen. Die Meldungen machen Angst und befördern Fremdenfeindlichkeit.

### **Alles aus den Fugen**

Deutschland hat sich massiv verändert. Der Alltag ist ein anderer geworden. Die Nachrichten sind häßlich, die Politik agiert absurd. Es hat nur ein Motiv, die Abschiebungen nach Afghanistan trotz der Lage im Lande aufrecht zu erhalten:

Der Bevölkerung zu signalisieren, "Wir meinen das ernst mit der Rückführung". Und abschrecken soll es obendrein. Oder: vor allem.

Logisch ist es nicht, in den Maghreb nicht abzuschieben, nach Afghanistan aber schon. Logisch ist gar nichts mehr in der Politik, alles ist schepps und schief, inkonsistent, aus den Fugen. Das erweist sich auch bei einem Wahlkampfauftritt von Torsten Albig am vergangenen Freitag in Ratzeburg. Der schleswig-holsteinische SPD-Ministerpräsident sträubt sich

bislang gegen die Abschiebungen an den Hindukusch. "Nichts ist sicher in Afghanistan", sagte er in Anlehnung an Margot Käßmann.

#### **40 Milliarden Euro für die Flüchtlingshilfe**

Damit hat er im Prinzip recht. Aber auch er verheddert sich in den Widersprüchen der Flüchtlingspolitik. Er erzählt zum einen die ergreifende Geschichte von einem Sahnetorten zaubernen afghanischen Konditor-Lehrling, den der Meister nicht gehen lassen möchte, der aber abgeschoben werden soll. Und er erzählt von den miserablen Zuständen an den Schulen im Lande, weshalb seine Regierung stolze zehn Millionen Euro Soforthilfe aufgewandt habe, um die Schultoiletten zu sanieren. Weil die Klos so eklig seien, daß die Kinder "es sich lieber verkneifen, in der Schule auf die Toilette zu gehen". Er habe schon als Oberbürgermeister von Kiel immer nach dem Prinzip gehandelt: Bevor er einen Euro in Asphalt investiere, investiere er zuerst in Schulen.

Was er nicht sagt: Die Prioritäten von Straßen und Schulen haben sich noch einmal verschoben. Auch in Schleswig-Holstein. Den 10 Millionen Euro für die stinkenden Schulklos stehen im Jahr 2016 insgesamt 783,7 Millionen gegenüber, die Schleswig-Holstein für die Unterbringung und Versorgung der Migranten und Flüchtlinge ausgegeben hat. Bundesweit sind es für das Jahr 2016 mehr als 40 Milliarden Euro, 22 Milliarden Bundesmittel, 20 Milliarden aus Landesmitteln. Man muß dazu sagen: Da wird manches verrechnet, aber es sind auch nur die ganz direkten Kosten. Man ist also mit den 40 Milliarden Euro auf der eher konservativeren Seite einer Kalkulation.

#### **Atemberaubende Neuigkeiten**

Auslöser dieser Folgekosten sind die Monate der politischen Kapitulation im Herbst 2015. Das war die Phase, in der knapp eine Million Menschen auf einmal kamen. Die Phase der politischen Kapitulation, in der die Kanzlerin sagte, es liege nicht in ihrer Macht, wie viele Menschen noch zu uns kommen.

Inzwischen hat sich der Zustrom aufgrund der Maßnahmen anderer Länder normalisiert. Innenminister Thomas de Maizière hat für 2016 etwa 280.000 neue Asylbewerber gezählt. Das liegt in etwa im Korridor der Obergrenze, die die CSU immer gefordert hat.

Also bleibt als Ausgangspunkt immer und immer wieder: Die Phase des Kontrollverlustes. Über diese Phase hat der Journalist Robin Alexander das Buch "Die Getriebenen" geschrieben, das heute in Berlin offiziell vorgestellt wurde. Seine Recherche offenbart atemberaubende Neuigkeiten. Laut Alexander wollte die Regierung nur eine Woche nach der Grenzöffnung am 4. September die Grenzen wieder schließen. Es wurden Polizeieinheiten an die Grenzen verlegt. Doch es fand sich keiner, der den vorliegenden Befehl verantwortet hätte. Im Kanzleramt fürchtete man die schrecklichen Bilder, die entstanden wären. Also ließ man es bleiben.

Vor einer Woche hat die *Welt am Sonntag* die Erkenntnisse ihres Korrespondenten Alexander bereits vorab veröffentlicht. Heute stellte der FDP-Vorsitzende Christian Lindner das Buch in Berlin vor. Lindner sprach davon, es mit "atemloser Spannung" gelesen zu haben. Die FDP habe die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin von Anfang an kritisiert, die Kritik wäre noch härter ausgefallen, wenn er das Buch vorher gekannt hätte. Die Kanzlerin, das belegten die Recherchen der entscheidenden 180 Tage von der Grenzöffnung bis zum Türkeiideal, habe "aktionistisch" und "opportunistisch" gehandelt. Die Darstellungen überstiegen "die schlimmsten Befürchtungen" in der Darstellung der Vorgänge im Kanzleramt.

Eine Stellungnahme der Bundesregierung zu den Vorwürfen ist bislang nicht bekannt. Bis auf die *Welt am Sonntag* und einer kleinen Randnotiz in einer *Stern*-Geschichte hat kein auflagenstarkes Medium die Recherchen von Alexander aufgegriffen oder weiterverfolgt. Statt dessen berichtete am Sonntag ausführlich die britische *Sunday Times*. Dabei müßte das Buch eigentlich einen Untersuchungsausschuß nach sich ziehen. Eine Schlüsselfigur, Dieter Romann,

Präsident des Bundespolizeipräsidiums, müßte in den Zeugenstand. Der vorbereitete Befehl der Grenzschießung müßte auf den Tisch kommen.

Die Flüchtlingskrise im Herbst 2015 ist der gravierendste politische Vorgang seit der Wiedervereinigung. Daran werden dieses Land und dieser Kontinent noch lange laborieren. Politisch, gesellschaftlich, ökonomisch. Robin Alexanders Recherchen werfen daher enorme Fragen auf. Es sind schon Untersuchungsausschüsse aus ungleich unbedeutenderen Anlässen initiiert worden. Wenn die Opposition aus Linken und Grünen in diesem Fall von ihrem schärfsten Schwert keinen Gebrauch macht, aber bei kleineren Anlässen nach einem Untersuchungsausschuß ruft, dann versagt sie in ihrer parlamentarischen Rolle. Und sie macht sich verdächtig, daß sie in dieser Frage die ganze Wahrheit gar nicht wissen will.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017:  
>>"**Deutschland ist ein failed state**"

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi (72) lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. ...

**PAZ:** Was bedeutet "Euroislam"?

**Bassam Tibi:** Der Begriff Euroislam ist ein politisches Konzept, nachdem die Kinder von in Europa geborenen und sozialisierten muslimischen Migrantinnen mit Hilfe des Bildungssystems und der Medien europäische Wertevorstellungen in ihr Verständnis vom Islam übernehmen sollen. In einigen Ländern, wie Schweden und Holland, fand dieses Islamverständnis viel Interesse, leider nicht in Deutschland.

In Deutschland gilt nach dem Gebot der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit der Kopftuchislam nach den Vorgaben der Scharia. Nur ein einziger Islamlehrstuhl in Deutschland, nämlich der von Münster mit Professor Khorchide, ist mit einem islamischen Reformtheologen besetzt, und auch seine Absetzung wird von den konservativen Islamverbänden vehement gefordert. Dieser organisierte deutsche Islam wird von den Wahhabiten und der Muslimbruderschaft aus Saudi-Arabien und der türkischen DITIB, dem verlängerten Arm von Erdogans AKP, beherrscht. Wenn muslimische Migrantinnen nicht integriert werden, bilden sich Parallelgesellschaften wie in den Banlieux in Frankreich, und diese sind die erste Vorstufe zu einem Bürgerkrieg.

**PAZ:** Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

**Tibi:** Zunächst einmal: Zuwanderung ist keine Naturkatastrophe. Ich mache einen Unterschied zwischen Einwanderung, die aus demographischen Gründen gebraucht wird, und der unkontrollierten Zuwanderung, mit der wir es jetzt in Europa zu tun haben. Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland. Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen. Die Regierung hat kein Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Ge-

meinwesen eingegliedert werden können. Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wo es solche Konzepte gibt, Deutschland ist dagegen das größte Zuwanderungsland der Welt geworden, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt.

Alleine die Stadt Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl an Zuwanderern (35.000) auf, wie die USA in einem Jahr als gewollte Einwanderer (70.000) aufnimmt, aber die USA sind mehr als viermal so groß wie Deutschland. Allerdings ist in den USA die illegale Zuwanderung über Mexiko, die statistisch nicht erfaßt werden kann, sehr viel größer.

**PAZ:** Haben wir als reiche Europäer nicht auch eine moralische Pflicht, Menschen aus ärmeren Ländern zu helfen?

**Tibi:** Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung erforderlich, auch zwischen humanitärer Politik und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, daß politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben - dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Eine politische Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Zuwanderung ist chaotisch.

Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status als Citoyen muß durch Arbeit erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu "neuen Bürgern" hochstufen.

**PAZ:** Zurzeit versucht die EU nach dem Muster des Türkei-Flüchtlingsdeals einen solchen auch mit Libyen zu machen. Was halten Sie davon?

**Tibi:** Neben der inzwischen einigermaßen geregelten Balkanroute ist die Mittelmeerroute von Libyen aus heute der zentralste Weg für Millionen Armutsflüchtlinge aus Afrika nach Europa. Diese Mittelmeerroute kann man nur in den Griff bekommen, wenn die staatliche Ordnung in Libyen wiederhergestellt ist. Aber kein EU-Politiker hat darauf eine Antwort. Libyen ist nur noch ein nomineller Staat und es gibt dort keine staatlich funktionierende Ordnung mehr. Es gibt nicht einmal ein libysches Volk, wie es etwa ein syrisches oder ägyptisches gibt.

Zirka 125 schwer bewaffnete islamistische oder afrikanische Milizen kontrollieren das Land und die Fluchtrouten. Die Milizen lassen sich von außen nicht entwaffnen, das heißt USA oder EU können den intern bedingten Staatszerfall nicht beseitigen. Statt ihre Grenzen zu schützen, betreibt die EU mit Frontex-Schiffen nicht nur Seerettung im Mittelmeer, sondern dient dem Transport der Geretteten nach Europa.

Die EU-Frontex-Schiffe sind so zu einem "kostenlosen Taxi-Unternehmen" geworden, das den Schleusern Beihilfe zu ihrer Arbeit leistet. Europa hat nicht nur kein Konzept zum Umgang mit dieser illegalen Migration von Armutsflüchtlingen, die EU bietet auch der organisierten Kriminalität von Islamisten und afrikanischen Kriminellen, in deren Rahmen das Schmuggelgeschäft mit den Flüchtlingen lukrativ betrieben wird, ihre Beihilfe an.

**PAZ:** Halten Sie eine Obergrenze für Zuwanderer für sinnvoll?

**Tibi:** Innerhalb der Union gibt es den Konflikt um die Zahl der Zuwanderung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer. Seehofer möchte eine Begrenzung der Zuwanderung auf 200.000 und Angela Merkel behauptet, daß im Grundgesetz keine Zahlen stehen. Dieser Konflikt ist lächerlich, in keiner Verfassung stehen Zahlen oder Prozente, aber kein Staat auf der Erde kann unbegrenzt Fremde aufnehmen.

Die Grenze ist die Integrierbarkeit der Zuwanderer, niemand wird behaupten, auch von Merkel hört man "Wir schaffen das" nicht mehr, daß Deutschland diese Massen, die es aufgenommen hat und verwaltet, sinnvoll integrieren kann. Das Schlimme ist nicht, Millionen Menschen unvorbereitet aufzunehmen, sondern ihnen außer Unterbringung, Alimentierung

und Sprachkursen nichts anzubieten. Eine Integration in eine Bürgeridentität findet nicht statt.

**PAZ:** Wie ist die Lage in Ihrer Heimat Syrien?

**Tibi:** Als ich Syrien 1962 verlassen habe, hatte das Land dreieinhalb Millionen Einwohner, heute sind es über 30 Millionen, zwölf Millionen davon sind auf der Flucht, die meisten im eigenen Lande. Ich bin selbst Syrer und Humanist. Weltweit gab es im letzten Jahr 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Verpflichtung, Menschen zu helfen, hat Grenzen. Politik und Moral sind auseinanderzuhalten. Ich war im letzten Jahr in Ägypten und habe dort mit Bettlern gesprochen. Diese wußten von der Einladungskultur Deutschlands. Diese Menschen sind nicht verfolgt und sie verhungern nicht, aber dennoch will die Hälfte von ihnen weg, am liebsten nach Deutschland.

Auch im Senegal habe ich gearbeitet, dort will auch die Hälfte der Menschen nach Europa gehen. Diese Armutsflüchtlinge aufzunehmen hat mit Humanität nichts zu tun. Islamisten, die in ihren eigenen islamischen Ländern verfolgt werden, sollte kein Asylrecht in Deutschland gewährt werden. Sie sind ein Risiko nicht nur für ihre Herkunftsländer, sondern auch für uns. Man muß klar sagen, daß Sicherheitspolitik der humanitären Politik gleichrangig sein muß, wenn der Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will. Europa würde bei der Aufnahme von 65 Millionen Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren. Diese Tatsache muß man frei aussprechen dürfen.

**PAZ:** Sie gelten auch als der Schöpfer des Begriffes der "Leitkultur", was verstehen Sie darunter?

**Tibi:** Als ein Mensch nichteuropäischer Herkunft sehe ich europäische Identität deshalb positiv, weil sie einen inklusiven Rahmen bietet, der eine Verbindung zwischen den ethnischen Einheimischen und den Neuankömmlingen in einer Wertegemeinschaft ermöglicht. Ich nenne diesen Rahmen Europäische Leitkultur; eine Option, die nicht nur Islamisten, sondern auch Linksrüne vehement ablehnen.

Nicht nur Flüchtlinge und Islamismus bedeuten eine Gefahr. Eine große Gefahr für Europa stammt aus dem Inneren dieses Kontinents selbst, nämlich aus dem postmodernen, kulturrelativistischen Nihilismus, der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität verleugnet. Dieser Verlust an Identität betrifft vor allem Laizität und säkulare Demokratie. Viele Zuwanderer bringen eine Weltanschauung mit, die beides verleugnet. Wenn Deutschland seine eigene Identität und ein vorhandenes Gemeinwesen verleugnet, dann ist die Folge zwangsläufig eine Unfähigkeit zur Integration. Zuwanderer, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Identitätsalternative suchen und diese wird oft der Scharia-Kopftuch-Islam sein.

**PAZ:** Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksrünen und Islamisten?

**Tibi:** Die nihilistischen Linksrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. Es mag seltsam erscheinen, wie linksgrüne Kulturnihilisten mit Islamisten, die ja eigentlich religiöse Absolutisten sind, ein Bündnis eingehen können. Zum Bestand der europäischen Identität und seiner kulturübergreifenden Leitkultur gehören säkulare Demokratie, Laizität und Bürgerschaft als wesentliche Säulen des Gemeinwesens. Wenn man diese Idee von Europa abweist, bleibt nichts übrig.

Die Linksrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. Max Horkheimer, mein Lehrer in Frankfurt, der als Jude die NS-Zeit in den USA überlebt hatte, hat uns trotz aller Übel, die von Europa ausgingen, klar die positiven Seiten der europäisch-westlichen Werte aufgezeigt, die universell galten und von den alten Linken vertreten wurden, zu denen auch ich gehörte.

Heutige Linksrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmutzedecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. Max Horkheimer forderte uns damals auf, die westlich-europäische freie Welt als "Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft" zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen den Faschismus Hitler'scher Prägung, sondern auch gegen den linken Totalitarismus Stalin'scher und Lenin'scher Provenienz.

Ich bin dem Vermächtnis Max Horkheimers treu geblieben. Zu diesen bekannten Feinden Europas kommt heute aber noch ein dritter Feind hinzu: der Islamismus. Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. April 2017: >>**Ein Programm zum Bürgerkrieg**

Freitagsgebet in der Sultan-Selim-Moschee in Mannheim: Wieviel Judenhaß steckt im gewöhnlichen Islam?

Anderthalb Jahre nach der Eskalation der Flüchtlingskrise erscheinen immer mehr Bücher, die Hintergründe und Folgen der Ereignisse ausleuchten. Robin Alexander landete gerade mit seinem Buch "Die Getriebenen" den politischen Bestseller des Jahres. Es gelingt ihm in diesem Buch, den dramatischen Ablauf der Grenzöffnung im September 2015 minutiös nachzuerzählen und dabei Motive und Versagen der politisch Verantwortlichen freizulegen.

Jetzt erregt ein weiteres Buch Aufsehen: "Inside Islam". Hier hat sich der *ARD*-Journalist Constantin Schreiber zum Freitagsgebet in 13 Moscheen begeben, um herauszufinden, was dort gläubigen Moslems auf arabisch oder türkisch tatsächlich gepredigt wird. Schreiber resümiert besorgt, die Imame predigten gegen die Integrationsbemühungen des deutschen Staates an. Gleichzeitig Muslim und Demokrat zu sein schlosse sich aus. Und es werde teilweise "sehr offen gegen Jesiden, Armenier und Juden gehetzt", so Schreiber.

### **"Schule ohne Rassismus" mobbt jüdischen Schüler**

Ein aktueller Zwischenfall an einer Berliner Gemeinschaftsschule bestätigt, welches massive Problem der unter arabischen und türkischen Jugendlichen grassierende Antisemitismus darstellt. Eine jüdische Familie sah nach wiederholten verbalen und körperlichen Attacken auf ihren 14jährigen Sohn keine andere Wahl, als ihr Kind von der Schule zu nehmen. Drei Viertel der Schüler an dieser Einrichtung, die sich im Projekt "Schule ohne Rassismus" engagiert, haben Migrationshintergrund.

Daß Antisemitismus in aller Regel heute nicht mehr "aus der Mitte der deutschen Gesellschaft", sondern aus muslimischen Einwanderermilieus kommt, stellt linke Politiker und Journalisten vor ein Dilemma. Einige Medien, so beispielsweise *Spiegel Online*, verschwiegen in ihren Berichten zum Vorfall kurzerhand den ethnisch-religiösen Hintergrund der Täter.

### **Gefährlich ist der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige**

Aber so kommen wir nicht weiter. Die Fakten müssen auf den Tisch. Einiges, was Constantin Schreiber in "Inside Islam" ausgräbt, klingt alarmistisch. Daß Christen vergessen haben, sich als Gläubige der Mission verpflichtet zu sehen, ist ein Problem der Christen, nicht der Moslems. Daß in Predigten zur Glaubensstrenge aufgerufen wird, wünschte man sich auch mehr von Pfarrern. Gefährlich ist aber der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige und den Staat.

Hier haben wir in Deutschland vor einem halben Jahrtausend im Dreißigjährigen Krieg blutig

lernen müssen, religiöse Konflikte durch Säkularisierung, Verfassungen und Rechtsstaatlichkeit zu neutralisieren. Mit dem konfessionellen Gegensatz unter Christen zu leben hat Jahrhunderte gebraucht. Unkontrollierte Einwanderung von Moslems macht Integration zu einer irgendwann schlicht quantitativ nicht mehr beherrschbaren Aufgabe und ist damit ein Programm zum Bürgerkrieg. Das sollte die Politik endlich beherzigen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. April 2017 (x887/...):

### >>**Das Ende der Täuschungen**

Erdogans Osmanen fordern uns heraus - Deutschland reagiert ratlos

Beschwichtigungen sollen das Resultat des Türkei-Referendums relativieren. Doch es hilft nichts mehr, die Wahrheit ist zu hart.

Das Ergebnis des türkischen Referendums stellt die deutsche Politik und Öffentlichkeit vor eine dramatische Frage: Wie verhält man sich, wenn einem ein Konflikt aufgedrängt wird, den man nicht wollte?

63 Prozent der türkischen Wähler in Deutschland haben Erdogans autoritäres Regime bei dessen Machtergreifung unterstützt. Alle Beschwichtigungen können das nicht verwischen, auch nicht der Hinweis, daß nur die Hälfte der in Deutschland wahlberechtigten Türken überhaupt zu den Urnen gegangen sei. Niemand weiß, wie die Nichtwähler abgestimmt hätten.

Überdies darf nicht vergessen werden, daß mehr als ein Viertel der türkischen Staatsangehörigen in Deutschland zu Minderheiten wie den Kurden, Aleviten oder (assyrischen, aramäischen, armenischen) Christen zählt, von denen aus Gründen der kulturellen Selbsterhaltung so gut wie niemand hinter Erdogan stehen dürfte. Auf die ethnischen, sunnitischen Türken fokussiert ergibt sich daher beinahe das Bild einer antidemokratischen Einheitsfront ohne wesentliche Opposition.

Darauf muß Deutschland reagieren - aber wie? Zunächst dadurch, daß es sich endlich von Täuschungen nicht mehr blenden läßt und sich von seinen Selbsttäuschungen befreit. Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad schreibt: "Kein Mensch kann mir nun erzählen, daß die Integration nicht gescheitert ist." Er verweist darauf, daß es nicht die benachteiligten oder arbeitslosen Türken gewesen seien, die in Deutschland Propaganda für Erdogan gemacht hätten, sondern "jene Krawatten-Türken, die gute Berufe haben und perfekt Deutsch sprechen" sowie "jene grinsenden Kopftuch-Muslimas, die uns verkaufen wollen, daß das Kopftuch ein Zeichen ihrer Emanzipation sei".

Diese Kräfte führen Erdogans Krieg gegen Europa, gegen Deutschland, die Demokratie und die Kultur des Abendlandes in unseren eigenen Grenzen. Dennoch genießen ihre Organisationen staatliche Unterstützung - durch viel Geld und öffentliche Anerkennung.

Den Doppelpaß mißbrauchen sie, um ihren Einfluß auf die deutsche Politik systematisch auszubauen. Die Doppelstaatlichkeit, die ihnen großzügig angeboten wird, ist keine Brücke der Integration, sondern ein Brückenkopf, den wir freiwillig unseren Feinden zuweisen, die uns von dort noch erfolgreicher bedrängen können. Wer diese Analyse für übertrieben, gar hysterisch hält, der höre einem Erdogan nur zu und beachte, wie viel er schon umgesetzt hat von seinen scheinbar nur lächerlichen, effekthascherischen Sprüchen.

Natürlich sind die EU-Beihilfen für das Neosmanische Reich sofort einzustellen, ist die Bundeswehr von dort wegzuverlegen. Auch muß, bei Wahrung des Asylrechts, verhindert werden, daß Erdogan seine Kritiker millionenfach ins (deutsche) Ausland drängt, um zu Hause noch freiere Bahn zu haben. Ob die deutsche Politik zu alledem willens und imstande ist, steht tragischerweise dahin.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 21. April 2017 (x887/...): >>"Koranisierung" der Sprache

Für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan sind verbale Entgleisungen ein Mittel der Politik

Obwohl der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seit 2003 an der Regierung beteiligt ist, haben viele offenbar erst jetzt durch seine verbalen Entgleisungen sein wahres Gesicht erkannt. Viele Analysten waren sich bisher nicht sicher, ob Erdogan nur ein konservativer Muslim ist oder bereits ein Vertreter des fundamentalen Islam. Zumindest in der Rhetorik ist er in der Endphase des Wahlkampfes dem Haß-Vokabular der Dschihadisten des Islamischen Staats (IS) sehr nahe gekommen.

Bei einem Wahlkampfauftritt in Ankara bezeichnete er die EU als "Kreuzritter-Allianz". Damit spielte er auf eine Audienz der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten bei Papst Franziskus in Rom an. Anlaß war der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Erdogan beschuldigte weiter "europäische Parlamentarier und Anführer", sich vor der Volksabstimmung über das von ihm angestrebte Präsidialsystem auf die Seite seiner Gegner geschlagen zu haben. "So Gott will, wird das türkische Volk, werden 80 Millionen den Anführern des Westens die größte Lektion erteilen."

Mit dieser Formulierung ahmt Erdogan die vom IS stabsmäßig betriebene "Koranisierung" der Sprache nach. "Eine Lektion erteilen" wollen auch die Terroristen des IS in vielen Internetvideos ihren Feinden. Nur bei diesen Lektionen gehören Erdogan und seine Türken selbst zu den Lektionsempfängern. Weiter sagte Erdogan: "Wartet auf den Frühling, und alle Terrorgruppen, PKK, YPG, IS, FETÖ, werden sehr nette Überraschungen erleben."

Interessant ist, daß zunächst die beiden kurdischen genannt werden, danach erst folgen der IS und die Gülen-Bewegung (FETÖ). Bei der Wortwahl fällt auf, daß sowohl der IS als auch allgemein die Salafisten immer wieder ihren Gegnern "nette Überraschungen bereiten" wollen. Auch hier ist Erdogan also ganz auf das koranisierende Vokabular der IS-Terroristen und ihrer Unterstützer oder das eines Osama Bin Laden aufgesprungen. Denn auch im Koran ist an verschiedenen Stellen von "netten Überraschungen" als Bestrafung von Ungläubigen die Rede. Offenbar will Erdogan dies auch gar nicht mehr verbergen, wie er das noch vor einiger Zeit getan hat.

Erdogan setzt seine verbalen Provokationen bewußt ein, wie der Italiener Silvio Berlusconi oder der verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez. Wie diese irritiert er hin und wieder mit absurden Äußerungen, wie beispielsweise mit der Behauptung, Muslime hätten "Amerika entdeckt". Im Jahre 2014 sagte er zum Thema Frauen und Gerechtigkeit: "Man kann Frauen und Männer nicht gleichstellen. Es läuft der Natur zuwider." Gleichberechtigung sei ebenfalls "gegen die Natur". Auch das waren keine unglücklichen Ausrutscher, sondern gezielt als Mittel der Politik eingesetzte Tabubrüche. In Zusammenhang mit dem Verfassungsreferendum setzte er diese sogar noch zielgerichteter ein.

Der türkischstämmige Kabarettist Serdar Somuncu wirft Erdogan vor, bewußt zu provozieren, damit die Situation eskaliert und er dann als Ordnungstifter gerufen wird. Ähnlich hätte es auch mit dem stümperhaften Putsch vom Juli vergangenen Jahres gewesen sein können. Vielleicht hat Erdogan ihn bewußt provoziert, um sich durch die lang vorbereitete Niederschlagung als starker Mann zu profilieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 11. Mai 2017: >>**Merkel besichtigt Zuwanderer: "Gut Ding will Weile haben."**

Die Kanzlerin geht auf Tuchfühlung mit dem Volk - wie sie es definiert. Am Mittwochvormittag besuchte Angela Merkel eine Einrichtung in Stralsund, in der Migranten Sprachkurse erhalten. Ein denkwürdiger Auftritt ...

Aufregung im Integrationsprojekt Grünhufe in Stralsund: Am Mittwochvormittag steht die Open-Border-Kanzlerin plötzlich persönlich vor der Tür!

"Hast Du da Gel drin?" fragt Merkel einen irritierten Jungen vor dem Eingangsbereich. "Ja, Gel", erwidert der Bub der kinderlosen Kanzlerin, die mit einer Armlänge Abstand dessen Schopf betastet. Wieder was dazugelernt!

Das Mimen von Herzlichkeit und Wärme sind für Merkel bekanntlich Herkulesaufgaben. Gewohnt verkrampft geht es also drinnen weiter. Bei Kaffee und Kuchen erkundigt sich die CDU-Frau über den Kenntnisstand der deutschen Sprache. "Deutsch ist keine einfache Fremdsprache, das wissen wir", gesteht sie aus eigener Erfahrung sprechend. "Aber wenn man übt, wird es schon was."

Merkel verpaßt es nicht, den Anwesenden noch besonders wichtige Tips für das Leben in der deutschen Gesellschaft mitzuteilen. So erklärt sie u.a. endlich den Unterschied zwischen einem Bürgermeister und einem "Oooberbürgermeister".

"Wir haben ein Sprichwort", plaudert sie mit dem Charisma eines erstarrten Komiker-Leichnams auf einer Bühne stehend. "Ich weiß nicht, ob Sie das verstehen, aber einige verstehen es." Gut zu wissen. Nach einer kurzen Kunstpause geht es weiter: "Gut - Ding - will - Weile - haben." Sie erläutert: "Das heißt, es dauert 'ne Weile. Und, ähm, danach kann man sagen, wird es dann aber irgendwann auch was."

Besser wär's... Wegen des Ausmaßes von Ausländerkriminalität, hat das Bundeskriminalamt in seinem diesjährigen Kriminalstatistikbericht schon eigens die neue Unterkategorie "Zuwanderer" geschaffen (konkret gemeint: "tatverdächtige Personen mit Aufenthaltsstatus 'Asylbewerber', 'Duldung', 'Kontingentflüchtling/Bürgerkriegsflüchtling' und unerlaubt").

Von solchen Belanglosigkeiten ließ sich Merkel aber nicht den Vormittag vermiesen. Nach der Stippvisite gab es noch ausreichend Gelegenheit für Selfies. Falls der Familiennachzug nicht schnell genug in Schwung kommt? ...

Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern im September letzten Jahres zog die AfD an der CDU vorbei. Die Parteichefin erklärte danach, nicht von ihrer Flüchtlingspolitik abweichen zu wollen. Nach dem angenehmen Vormittag im Haus Grünhufe dürfte sie sich erst Recht fragen: Warum auch?<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

### >>**Rückkehr der Seuchen**

Asylsucher schleppen häufig Antibiotika-resistente Krankheitserreger ein

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen über gefährliche "Superbakterien" sowie "Killerkeime". Und tatsächlich besteht hier eine Bedrohung - sogar in doppelter Hinsicht. Zum einen, weil nun längst überwunden geglaubte Seuchen zurückkehren, zum anderen wegen der zunehmenden Resistenz der Erreger.

Vermeintlich "mittelalterliche" Krankheiten wie Pest oder Lepra starben nie völlig aus. Die Bakterien überlebten in vielen entlegenen Regionen der Welt und sorgten dort permanent für weitere Infektionen. Im Falle des "Schwarzen Todes" resultierte dies daraus, daß immerhin 200 Säugetier- und 80 Floh-Arten Träger des Pest-Bazillus (*Yersinia pestis*) sind. Das blieb lange ein lokales Problem, bis sich dann durch Globalisierung, Tourismus sowie Migrationsbewegungen neue und bessere Ausbreitungsmöglichkeiten ergaben.

So grassiert die Pest derzeit in Madagaskar und könnte von dort aus schnell per Linienflugzeug nach Europa gelangen. Ebenso präsent ist der "Schwarze Tod" in Zentralafrika, Südost- und Mittelasien sowie einigen westlichen Bundesstaaten der USA, wo regelmäßig Menschen erkranken, darunter auch Urlauber.

Die aktuell größte Gefahr geht aber von den Asylsuchern und Bürgerkriegsflüchtlingen aus, die in Massen nach Europa strömen. In Deutschland werden die Neuankömmlinge zwar grundsätzlich bei der Erstaufnahme auf meldepflichtige Krankheiten untersucht, aber zahlreiche tauchen vor ihrer Registrierung ab. Obwohl sie nun allerlei ansteckende Leiden behandeln müssen, die bisher bloß in ihren Lehrbüchern vorkamen, spielen manche Mediziner das Problem auf ignorante Weise herunter. Man verfüge doch hierzulande über ein hervorragendes Gesundheitssystem und hochwirksame Medikamente, argumentieren sie.

Dabei könnte sich zumindest letzteres sehr bald ändern, denn die Asylsucher bringen nicht nur

altbekannte Keime mit, sondern auch erst kürzlich entdeckte Mikroben wie Carbapenem-resistente Enterobakterien (CRE). Gegen die hilft teilweise nicht ein einziges der derzeit verfügbaren Antibiotika, und sie sind zudem noch leicht von Mensch zu Mensch übertragbar. Einige dieser Superkeime stammen aus den Abwässern asiatischer Pharmafabriken, wie kürzlich durch Recherchen deutscher Medien aufgedeckt wurde. Andere wiederum finden sich vor allem in Nordafrika und auf dem Balkan.

Solche Erreger lauern dann im Organismus der Asylbewerber, die auf diesem Wege nach Deutschland gelangen. Das zeigen unter anderem Untersuchungen des Instituts für Medizinische Mikrobiologie der Universität Frankfurt am Main. In 61 Prozent der analysierten Proben von Asylsuchern aus Somalia, Syrien und Afghanistan entdeckten die Wissenschaftler multi-resistente Bakterien - eine Quote, die sehr viel höher liegt als bei Menschen, "die schon länger hier leben."

Hauptursache für das häufige Vorkommen solcher Keime bei Zuwanderern ist die falsche medizinische Behandlung im Herkunftsland. Oft werden dort nämlich billige, aber ungeeignete Antibiotika verabreicht, oder man bricht die Behandlung zu zeitig ab. Die Einschleppung multiresistenter Erreger könnte zu einer Katastrophe unvorstellbaren Ausmaßes führen, wenn auch so lebensgefährliche Mikroben wie das Pestbakterium immun gegen Antibiotika werden würden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

>>**Schluß mit Muhammad!**

China verbietet muslimische Namen in Unruheprovinz Xinjiang

Die chinesischen Behörden haben eine Liste mit zwei Dutzend muslimischen Vornamen mit einer separatistischen und extremistischen Nebenbedeutung aufgestellt, die ab sofort nicht mehr vergeben werden dürfen. Darunter sind Namen wie Muhammad, Arafat und Dschihad, aber auch Islam, Koran, Mekka, Imam, Saddam, Haddsch und Medina gehören dazu. Grund ist der Kampf gegen Extremismus. Betroffen sind vor allem Einwohner des westlichen Gebietes Xinjiang, in dem überwiegend Muslime leben, und wo es in der Vergangenheit vermehrt zu terroristischen Übergriffen gekommen war.

Namen sind im Orient immer von religiöser Bedeutung. Wer zum Islam übertreten will, benötigt einen neuen islamischen Namen. Das Verbot der am meisten bekannten muslimischen Namen soll den "religiösen Eifer" in der Unruheprovinz bremsen. China hatte in den vergangenen Monaten bereits mehrere Erlasse gegen die muslimische Minderheit umgesetzt: So dürfen Frauen, die einen Gesichtsschleier tragen, keine Bahnhöfe und Flughäfen mehr betreten. Männer mit langen Bärten dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Selbst religiöse Beerdigungs- und Hochzeitszeremonien und Hinweise auf muslimische Symbole wie Stern oder Halbmond sind den Uiguren von der Kommunistischen Partei verboten worden.

"Menschen mit verbotenen muslimischen Namen werden in Zukunft keine Anmeldung mehr am Wohnsitz bekommen", sagte ein Polizeibeamter. Kinder ohne Anmeldung bekommen keinen Zugang zur Ausbildung, zum Gesundheits- und Sozialschutz, so der Beamte. In Xinjiang leben mehrheitlich turksprachige Uiguren (60 Prozent) und nur 40 Prozent ethnische Chinesen. Viele Uiguren und Menschenrechtsorganisationen klagen über staatliche Unterdrückung. Andererseits galt für die Uiguren das "Ein Kind Gesetz" lange Zeit nicht.

In Xinjiang kämpfen islamistische Radikale für den unabhängigen Staat "Östliches Turkestan". Seit 1990 starben Hunderte Menschen bei terroristischen Anschlägen wegen Xinjians Konfrontation mit Peking. Der schlimmste Anschlag fand vor zwei Jahren in einem buddhistischen Schrein in Bangkok in Thailand statt. Die chinesische Regierung betrachtet Xinjiang als eine Brutstätte des islamischen Extremismus, der Gewalt und separatistischer Bestrebungen. Zugewanderte Chinesen aus dem Kernland, die sich auch äußerlich stark von den Uiguren unterscheiden, pflegen zudem einen ausgeprägten Rassismus. Viele Uiguren machen die staat-

lichen Beschränkungen der Religion und der Meinungsfreiheit für die Spannungen in der Region verantwortlich.

Die Regierung hat in Gesetzen 15 religiöse Verhaltensweisen aufgelistet, die angeblich die säkulare Ordnung stören. Eltern werden verpflichtet, ihre Kinder künftig an staatlichen Schulen anzumelden, islamische Schulen sind nicht mehr erlaubt. Und Zugang zu den Moscheen erhalten Muslime erst ab dem 18. Lebensjahr.

Die durch Terror gekennzeichnete weltweite islamische Wiedergeburt hat längst auch das größte Land der Erde erfaßt. Die kommunistische Partei versucht jedoch, das Übel des Terrors mit den Methoden der Kulturrevolution auszumerzen. Ob das gut geht, darf bezweifelt werden. Der IS, der längst auch in China seine Netze hat, hat bereits angekündigt, daß in "China bald ein Blutstrom strömen wird".<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):

### >>**Wir sind selbst schuld**

von Eva Herman

Es sieht leider nicht danach aus, als ob die Politiker der EU und Deutschlands die Einwanderungskatastrophe, die derzeit Europa heimsucht, je in den Griff bekommen werden. Es ist gar nicht möglich, wenn sie so weitermachen. Wir sprechen mittlerweile von möglicherweise hunderten Millionen Menschen, die bereits auf gepackten Koffern sitzen. Wie es aussieht, scheint dieses Szenario offenbar einkalkuliert zu werden. Was das bedeuten würde, weiß jeder von uns. Zwar wiederholt die deutsche Kanzlerin seit dem EU-Gipfel im Dezember 2016 gebetsmühlenartig das inzwischen nur noch propagandistisch wirkende Mantra: Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen, doch handeln tut sie nicht danach, außer ein paar Millionen Fördergeldern, die in die afrikanischen Länder gepumpt werden für den Aufbau einiger Flüchtlingscamps und weiterer Maßnahmen. Schrecklich zynisch!

"Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen", sagt also Merkel jetzt. Das wäre tatsächlich der richtige Weg. Denn seien wir ehrlich: Haben wir uns nicht längst mehr als genug versündigt gegen die heutigen Fluchtländer, durch NATO-Angriffskriege und finanzwirtschaftliche Ausbeutung?

Gib einem Hungernden nicht einen Fisch. Schenk ihm deine Angel. So lautet ein Sprichwort, das eine erfrischende Überlebenslogik enthält. Nehmen wir den afrikanischen Kontinent, der derzeit schwer beladen ist. Die von globalistischer Gier geleiteten Regierungen und Machtkartelle haben den Kontinent ausgeplündert, er blutet aus:

Die Rohstoffe, die seine Erde birgt, gehören ihnen, die Völker Afrikas darben vor sich hin - die Bevölkerung explodiert. Hungersnöte, soweit das Auge reicht: Not, Elend, Schmerzen, Todesqualen, Millionen sind es, Kinder, Alte, Frauen und Männer - während der zivilisierte Europäer des Abends im Polstersessel, mit dem Rotweinglas in der Hand, den Hungernden in Afrika großzügig 20 Euro spendet. So sprachen die Vereinten Nationen jetzt, angesichts der Hungersnot in Somalia, von der größten humanitären Krise nach dem Zweiten Weltkrieg. Etwa sechs Millionen Menschen brauchen dort dringend Lebensmittel. Doch auch im Südsudan, Nigeria und im Jemen, der durch eine vom Westen unterstützte Militärintervention inzwischen nahezu brachliegt, verschärfen sich die Hungerkrisen stetig.

Und so beklagen sich die Vereinten Nationen darüber, daß in vielen Flüchtlingslagern die Nahrungsmittelhilfe sogar gekürzt werden mußte. Wie bitte? Gekürzt? Warum denn das? Weil das Geld nicht ausreicht? Genau so sieht es aus. Es trifft die Ärmsten der Armen, denen letztlich doch nichts anderes übrig bleibt, als zu fliehen. So, wie es im Frühjahr 2015 geschah, als die winzige Überlebenssumme für Flüchtlinge von etwas über 30 Dollar im Monat auf unter die Hälfte gekürzt wurde: zum Sterben zu viel, doch zum Leben zu wenig. Millionen traten den Weg nach Europa an, und die Verantwortlichen wußten es genau.

Die Welt steht nun vor der größten humanitären Katastrophe seit 1945. Mit diesem dramati-

schen Appell hatte sich der Nothilfe Koordinator der Vereinten Nationen, Stephen O'Brien, vergangene Woche an die internationale Gemeinschaft gewandt. Rund 20 Millionen Menschen in den vier Krisenstaaten Somalia, Südsudan, Nigeria und Jemen drohe der Hungertod. Die UN benötigen bis Mitte dieses Jahres 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. Ansonsten werden die Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben. So heißt es ganz offiziell. Wir wiederholen: 4,4 Milliarden Euro! Wir merken uns diesen Betrag, mit dem laut den UN das Leben von zirka 20 Millionen Menschen gerettet werden könnte.

Und nun schalten wir um nach Deutschland. Hier lesen wir Anfang des Jahres 2017 in der Presse, Deutschland habe 2016 bislang etwa 22 Milliarden Euro für die Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise ausgegeben. Doch dabei werde es natürlich nicht bleiben. Unterbringung, Verpflegung sowie Integrations- und Sprachkurse für Asylsucher würden den Staat nach einer Prognose des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft 2016 und 2017 sogar knapp 50 Milliarden Euro kosten. Pro Jahr, versteht sich. Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaft und Direktor des Forschungszentrums Generationenverträge an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, rechnet gar mit 75 Milliarden pro Jahr. Das alles bei nur einer Million Immigranten (was ja längst um mindestens das Doppelte überschritten ist).

Der Finanzwissenschaftler hat berechnet, "daß eine Million Flüchtlinge den deutschen Staat per saldo und auf die Dauer 450 Milliarden Euro kosten würden, also 450.000 Euro pro Kopf". Bei seiner Rechnung unterstellt er, daß sie nach sechs Jahren so integriert sein würden, "wie es die bislang schon in Deutschland anwesenden Altmigranten im Durchschnitt sind". Somit ergeben sich 75 Milliarden Euro pro Jahr - bei nur einer Million Asylsuchern. Im Vergleich zu den Gesamtausgaben des Haushaltsplanes 2015 von 299,1 Milliarden Euro ist das ein Viertel aller Staatsausgaben - 25,07 Prozent.

Wir sollten jedoch gleich realistisch rechnen, denn, wie erwähnt, sind seit 2015 nicht eine Million, sondern inzwischen, offiziell, mindestens zwei Millionen Einwanderer nach Deutschland gekommen. Die Dunkelziffer indes dürfte weitaus höher liegen, alleine die hohe Zahl der Illegalen fällt bei all den Statistiken unter den Tisch. Zentral erhoben werden schließlich nur die gestellten Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die Dunkelziffer der eingewanderten Sozialbetrüger, die bis zu zwölf Mal unter jeweils anderer Identität in unterschiedlichen Gemeinden Deutschlands sich haben Sozialbeiträge auszahlen lassen, rechnen wir hier jetzt auch nicht mit ein.

Viele andere Kosten, die in den hier vorliegenden Statistiken nicht mit aufgeführt werden, die beispielsweise mit der extrem hohen Kriminalitätsrate in Zusammenhang stehen, lassen wir ebenfalls außer Acht. Wir multiplizieren die von Raffelhüschen errechneten 75 Milliarden Euro pro Jahr mit zwei (Millionen Asylsucher). Das macht mindestens 150 Milliarden Euro pro Jahr, die Deutschland aufbringen muß für die sogenannte Flüchtlingskrise.

Nun schauen wir noch einmal zurück zu dem jüngst von den Vereinten Nationen veröffentlichten Hilferuf: Die UN benötigen bis Mitte 2017 ganze 4,4 Milliarden Dollar, um das Schlimmste zu verhindern. "Ansonsten werden 20 Millionen Menschen dort schlicht und einfach den Hungertod sterben." Doch, so die "Tagesschau", "das nötige Geld kommt nicht zusammen". Im laufenden Jahr haben die UN gerade mal sieben Prozent der geforderten Spenden erhalten. "In einer Verteilstation in einem entlegenen Dorf in Somaliland kam es zu Tumulten unter den hungrigen und durstigen Menschen. Weil sie wußten, daß die Reissäcke nicht für alle ausreichen werden. Weil viele von ihnen ein krankes, manche sogar ein sterbendes Kind in den Armen hielten." Im Jemen warnen Hilfsorganisationen vor einer Katastrophe "biblischen Ausmaßes". Diese drohe spätestens, sollte Saudi-Arabien mit Hilfe der USA die Hafenstadt Hudaida erobern.

Was machen wir hier nur? Wo sind Verstand, Logik und Herz geblieben? Können Sie eigent-

lich noch ruhig schlafen?<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Juni 2017: >>**Perfidier Ramadan-Rummel**

Polizisten sollen Moslems, die wegen ihrer grotesken Fastenbräuche noch reizbarer sind als sonst, in dieser Zeit erst recht mit Samthandschuhen anfassen, Schülerinnen, die zum politisch korrekten Flüchtlingsverstehen und -bewundern in eine Asylunterkunft beordert werden, mögen sich doch bitte gerade jetzt den Koranläubigen zuliebe islamkonform verhüllen, Lehrer und Arbeitgeber sollen Rücksicht auf von Fasten-Exzessen geschwächte Schüler und Mitarbeiter nehmen - hört man den Polit- und Mediengouvernanten so zu, scheint der islamische Fastenmonat Ramadan längst das wichtigste Ereignis im deutschen Festkalender geworden zu sein.

Vom politischen Aufgalopp mit Ramadan-Grußbotschaften und alljährlichem Wettlauf um den wirksamsten Medientermin beim "Fastenbrechen"-Besuch ganz zu schweigen. Vielleicht wüßte es die immer noch christliche Bevölkerungsmehrheit im Lande ja auch zu schätzen, wenn ihre politischen Repräsentanten außer der allweihnachtlichen Volkspädagogik auch mal Grußbotschaften zu Ostern und Pfingsten senden und sich vorbildgebend in einer Kirche blicken ließen - aber da denken die nicht mal dran.

### **Islamisierung ist kein Hirngespinnst**

Der Tanz um das goldene Kalb einer intoleranten Minderheit belegt vor allem eines: Islamisierung ist kein Hirngespinnst, sondern im vollen Gange, und die Meinungsführer im Lande haben ihre Selbst-Islamisierung bereits so verinnerlicht, daß sie sie gar nicht mehr wahrnehmen. Für die angestammte Bevölkerung ist es eine Zumutung, sich unablässig mit den archaischen Selbstaussgrenzungsbräuchen eines eingewanderten vormodernen Kults auseinandersetzen zu müssen.

Wer meint, er müsse im 21. Jahrhundert in Mitteleuropa unsinnige Religionsvorschriften wortwörtlich befolgen, selbst wenn sie der eigenen Gesundheit schaden, verdient weniger Rücksicht als Mitleid. Der allgegenwärtige Ramadan-Rummel ist Gift für die Integration und bestärkt fanatische Moslems in ihrem Auserwähltheits-Wahn: Für sie sind die Toleranz- und Rücksichtsappelle keine höfliche Geste, sondern ein weiterer Schritt zur selbstverständlich erwarteten Unterwerfung.

### **Die neuen Herren nur nicht provozieren**

Statt den eigenen Bürgern Anpassung an islamische Rituale zu predigen, täten Medien und Politik besser daran, sie vor erhöhter Terrorgefahr und Gewaltbedrohung im Ramadan zu warnen. Für Dschihadisten gilt der Kampf gegen Ungläubige im moslemischen Fastenmonat als besonders verdienstvoll; kaum zufällig häufen sich im islambeglückten Europa in dieser Zeit alljährlich die Anschläge. Und der Anblick Ungläubiger, die ihre Bräuche nicht befolgen, ist für Islam-Besessene im Ramadan bekanntlich erst recht unerträglich. Da sitzen Fäuste und Wurfgeschosse, Messer oder auch der Nothammer dann schon mal besonders locker.

Aber solche Warnungen wären ja das Eingeständnis, mit dem Hereinlassen dieser Heerscharen einen fatalen Fehler begangen und ohne Not die eigenen Bürger gefährdet zu haben. Lieber also schiebt man denen prophylaktisch den schwarzen Peter zu und ermahnt sie, die neuen Herren nur ja nicht zu provozieren. Das macht die scheinbar so weltoffenen und verständnisvollen Aufrufe der Ramadan-Versteher zu einem perfiden und zynischen Selbstrechtfertigungs-Manöver.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Juni 2017: >>**Der Gefahr ins Auge sehen**

*von Hans-Jürgen Irmer*

In Deutschland hat nie eine Diskussion darüber stattgefunden, daß wir von Menschen, die aus vielen Gründen nach Deutschland kommen, erwarten müssen, daß sie sich an deutsche Geset-

ze, Normen und Werte halten, die aus der Aufklärung herrühren und konstitutiv für unser friedliches Zusammenleben sind. Als Friedrich Merz vor 17 Jahren von der Notwendigkeit der Leitkultur sprach, hagelte es Kritik aus der Welt der "Political Correctness".

Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft (wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen) -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, No-go-Areas, und der Segregation Vorschub geleistet.

Zeichen gelungener Integration?

Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren, wenn in Mannheim eine muslimische Pflegerin sich weigert, männliche Patienten zu waschen, wenn in Berlin muslimische Eltern gegen einen homosexuellen Erzieher demonstrieren, wenn in Hessen eine Muslima als Rechtsreferendarin sich weigert, vor Gericht das Kopftuch abzulegen?

Gehört es auch zur Integration, eine Teilnahme an Klassenfahrten zu verweigern, gegen Koedukation im Sport- und Schwimmunterricht zu kämpfen, zu versuchen, islamische Kindergärten und Schulen zu errichten, einen islamischen Wohlfahrtsverband aufzubauen, bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mit einer kritiklosen Verherrlichung Mohammeds einzuführen? Gehören erste muslimische Listen bei Kommunalwahlen dazu, Zuckerfest statt Weihnachtsfest?

Islamisierung fester Bestandteil des Islam

Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?

Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.

Ziel ist die Weltherrschaft

Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die

Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht? Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?

Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat:

"Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich."

Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu:

"Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

Minderheit darf keine Mehrheit werden

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind."

Damit aus der Minderheit keine Mehrheit wird, dürfen wir unsere eigene Identität ebensowenig aufgeben wie unsere Werte und unsere Leitkultur auf der Basis des Grundgesetzes. Wenn Muslime heute bewußt Islam mit Friedfertigkeit statt Unterdrückung übersetzen, dann wollen wir das gerne glauben, wenn in allen 57 islamischen Staaten Religion und Politik getrennt sind, der Dschihad und die Scharia genauso aufgegeben werden wie der Anspruch auf Vorrherrschaft und religiöse Überlegenheit, wenn es Geschlechtergleichheit und Glaubensfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und freie Wahlen gibt. Aber keinen Moment früher.

*Hans-Jürgen Irmer ist CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag.<<*